



Perspektiven. Freiheit. Fortschritt.

Eupen, den 8. Juni 2026

PRESSEMITTEILUNG

Steuerfreie Überstunden: Eine Initiative der JFF wird zum föderalen Gesetz

Mit der neuen Regelung zu den steuerfreien freiwilligen Überstunden setzt die Föderalregierung eine liberale Forderung um. Seit dem 1. Juni 2026 können Arbeitnehmer bis zu 240 freiwillige Überstunden steuerbegünstigt leisten. Für die PFF ist diese Maßnahme Ausdruck eines zentralen liberalen Grundsatzes: Wer mehr leistet, soll auch mehr davon haben.

Besonders erfreulich ist, dass der Ursprung dieser Initiative in Ostbelgien liegt. Bereits 2023 brachte die jungliberale JFF auf einem Kongress der Jeunes MR einen Antrag zu steuerfreien Überstunden ein. Dieser wurde von den Kongressteilnehmern angenommen und später in die Liste der wichtigsten Forderungen aufgenommen, die an MR und PFF weitergeleitet wurden. Von dort fand sie schließlich ihren Weg in die Koalitionsverhandlungen der Föderalregierung.

„Diese Reform ist ein Paradebeispiel für liberale Politik“, erklärt PFF-Präsident Sacha Brandt. „Wer freiwillig mehr arbeitet, soll auch mehr von seinem Lohn behalten. Leistung muss sich lohnen. Gleichzeitig stärken wir damit die Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen und schaffen mehr Flexibilität in Zeiten des Fachkräftemangels. Dass eine Initiative aus Ostbelgien heute auf föderaler Ebene umgesetzt wird, zeigt, dass politische Arbeit vor Ort tatsächlich etwas bewegen kann.“

Für die Präsidentin der JFF, Maëlle Locht, ist die Umsetzung der Maßnahme ein besonderer Erfolg. „Als wir den Antrag 2023 ausgearbeitet und auf dem Kongress in Brüssel verteidigt haben, waren wir überzeugt, dass steuerfreie Überstunden sowohl Arbeitnehmern als auch Unternehmen zugutekommen würden. Dass diese Forderung heute Teil der belgischen Gesetzgebung ist, macht uns natürlich stolz. Es zeigt, dass junge Menschen in der Politik nicht nur Ideen einbringen, sondern auch konkrete Veränderungen anstoßen können.“

Die PFF begrüßt die neue Regelung insbesondere mit Blick auf Ostbelgien. In einer Grenzregion mit vielen Pendlern stärkt sie die Kaufkraft der Arbeitnehmer, erhöht die Attraktivität des Standorts und gibt Unternehmen zusätzliche Möglichkeiten, flexibel auf arbeitsintensive Phasen zu reagieren.

„Diese Reform unterstreicht einen klaren Grundsatz: Leistung verdient Anerkennung, nicht zusätzliche Belastung“, so der Parteipräsident Brandt abschließend.



Pressekontakt

Jessica Tsapanos

PFF-Fraktion im Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft

T +32 (0)87 31 84 67 | jessica.tsapanos@pff.be